

Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung der Bürgerschaft am 13.11.2025

Zu TOP: 9.1

Forum zur Bürgerbeteiligung zur Entwicklung des Stadtteils Knieper West

Einreicher: Fraktion DIE LINKE.

Vorlage: AN 0079/2025

Herr Buxbaum begründet den Antrag ausführlich. Er erinnert an die erfolgreiche Durchführung ähnlicher Formate. Die Bevölkerung sollte frühzeitig in Entwicklungsprozesse des Stadtteils eingebunden werden. Herr Buxbaum wirbt um Zustimmung zum Antrag AN 0079/2025. Einer Verweisung in den Fachausschuss könne die Fraktion DIE LINKE. zustimmen.

Herr Rybka hat den Eindruck, dass die Bürger ggf. befragt werden, die Umsetzung dem jedoch nicht entspreche. Für den Stadtteil sei der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum wichtig. Außerdem sehe er eine Ungleichbehandlung zu anderen Stadtteilen. Die Fraktion AfD werde den Antrag ablehnen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei teilt Herr Leddin mit, dass dem Antrag gefolgt werde. Die geäußerten Bedenken werden nicht geteilt.

Herr Dr. Zabel erkundigt sich nach der Einschätzung der Verwaltung zu durchgeführten Beteiligungsprozessen.

Für den Oberbürgermeister sei die Beteiligung der Bevölkerung wichtig. Gegebenenfalls sollte darüber nachgedacht werden, wie diese noch verstärkt werden könne. Den Stadtteil Knieper West halte er für wichtig. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass auch zukünftig Menschen in diesem Stadtteil leben möchten.

Herr Dr. Raith spricht sich für die Bürgerbeteiligung auf der Straße aus. Dies ermögliche, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und einen neutralen Ausschnitt der Bevölkerung zu erhalten. Dieser niederschwellige Weg habe zu guten Ergebnissen geführt. Gleichwohl lädt die Verwaltung auch zu klassischen (eingeladenen) Veranstaltungen ein. Die Verwaltung nehme die geäußerten Gedanken oder Bedürfnisse der Bevölkerung auf. Durch die Verwaltung erfolge die professionelle Umsetzung. Perspektivisch seien weitere niederschwellige Veranstaltungen (Zelte) in Knieper West geplant.

Herr Suhr äußert sich positiv über die durch die Verwaltung in Knieper West durchgeführten Veranstaltungen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Für die Fraktion DIE LINKE. meint Herr Quintana Schmidt, dass die Meinung der Bevölkerung ernst zu nehmen sei. Eine frühzeitige Beteiligung sei wichtig.

Herr Buxbaum ergänzt, dass die Beteiligung auch die Akzeptanz von Maßnahmen der Verwaltung fördere.

Herr Dr. Raith konkretisiert am Beispiel Neuer Markt, dass durch die Verwaltung allgemeine Äußerungen aus der Bevölkerung aufgenommen werden. Nachfolgend erfolge die professionelle, qualifizierte Planung durch die Verwaltung. Die Ergebnisse dieser können dann wieder einer breiten Beteiligung zugeführt werden.

Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit werde den vorliegenden Antrag ablehnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten mitgenommen werden und sich einbringen. Herr Haack habe den Eindruck, dass die Verwaltung dahingehend auf einem guten Weg sei.

Herr Dr. Zabel teilt für die Fraktion CDU/FDP mit, dass die Argumentation und die Darstellung von Herrn Dr. Raith überzeugend seien. Die Fraktion CDU/FDP werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Radtke wiederholt die ablehnende Position der Fraktion AfD zum Antrag.

Herr Rybka regt an, dass Fraktionen der Verwaltung die Ergebnisse von selbst durchgeführten Bürgerforen mitteilen. Er stellt klar, dass die Fraktion AfD grundsätzlich für die Beteiligung der Bevölkerung sei. Die konkrete Umsetzung sollte jedoch der Verwaltung überlassen werden.

Herr Dr.-Ing. Badrow kündigt an, dass sämtliche Neuplanungen rund um den Grünen Boulevard frühzeitig im Stadtteil vorgestellt werden.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf bestehe und lässt über den Antrag AN 0079/2025 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Vorschläge für einen öffentlichen Beteiligungsprozess zur Entwicklung des Stadtteils Knieper West zu unterbreiten. Dabei sind die Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger für die künftige Entwicklung des Stadtteils, insbesondere der Entwicklung des Fahrzeug- und Fußgängerverkehrs, im Dialog mit der Verwaltung sowie den fachlich verantwortlichen Partnern zu erörtern.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 27.11.2025